

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**Oktober 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

rungspolitik berichtet. Schlagzeilen wie "Deutschland geteilt für und wider der islamischen Einwanderung" und "Berlin demonstriert wegen toter Flüchtlinge" sind nur einige Beispiele dafür, wie die Reaktionen in der deutschen Gesellschaft angesichts der Einwanderung von Hunderttausenden neuer Flüchtlinge und die mögliche Aufnahme von ca. 800.000 Asylbewerbern in Kolumbien empfunden werden. Dabei wurde auch mehrmals über den Auftritt von Angela Merkel berichtet, bei dem sie einer jungen Palästinenserin, die nach vier Jahren in Deutschland möglicherweise abgeschoben werden soll, mit den Worten "die Politik ist manchmal eben hart" begegnete.

Wenn dies auch wichtige Nachrichten in den kolumbianischen Medien sind, hat die Flüchtlingsproblematik in Kolumbien selbst jedoch auch ihren Platz und nachvollziehbarer Weise einen höheren Stellenwert. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Kolumbien durch den seit Jahrzehnten andauernden bewaffneten Konflikt hinter Syrien einen unehrenhaften zweiten Platz bezüglich der Anzahl der Binnenflüchtlinge einnimmt. Nach offiziellen Zahlen der "Unidad Nacional para la Atención y Reparación Integral a las Víctimas del conflicto" (Nationale Einheit zur umfassenden Betreuung und Entschädigung von Opfern des bewaffneten Konflikts), leben momentan ca. 6,7 Millionen Menschen in Kolumbien in einer Situation interner Vertreibung. Das Phänomen der gewaltsamen Binnenvertreibung hatte sich von Jahr zu Jahr zugespitzt und 2002 seinen Höhepunkt erreicht, als allein während eines Jahres ca. 690.000 Menschen aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen aus ihren Heimatorten fliehen mussten.

Was die Thematik Auswanderung betrifft ist Venezuela das Land, das die Kolumbianer als erstes Auswanderungsland in Südamerika wählen (32,4 Prozent). Umso mehr und auch wegen der über 2.200 km langen Grenze, die beide Länder trennt, haben die jüngsten Vorfälle, bei denen der venezolanische Präsident Nicolás Maduro innerhalb von einer Woche bis heute fast 1.000 in Venezuela lebende Kolumbianer deportieren ließ, sowohl die öffentliche Meinung als auch die Medien besonders erschüttert. Präsident Maduro hatte angeordnet, die Grenze zwischen beiden Ländern zu schließen, nachdem er die große Anzahl von Immigranten aus Kolumbien für die Lebensmittelknappheit und fehlenden Ressourcen in seinem Land verantwortlich gemacht hatte. In einer öffentlichen Erklärung verglich er die Situation der Kolumbianer in Venezuela mit dem Exodus von Afrikanern, die an den Küsten Europas landen. Seiner Ansicht nach leben die kolumbianischen Einwanderer illegal in Venezuela, während in Wirklichkeit viele von ihnen ordnungsgemäße Ausweispapiere des Landes besitzen, so dass ihre Deportation illegal ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Flüchtlingswelle in Europa sehr wohl Reaktionen in der kolumbianischen Presse und Öffentlichkeit hervorgerufen hat. Da die Kolumbianer selbst Probleme mit dem Drama der Binnenflüchtlinge und ausgewiesener Landleute haben, haben die Ereignisse in Europa einerseits die Aufmerksamkeit noch mehr auf die eigenen Probleme gelenkt und auf der anderen Seite auch mehr Solidarität sowohl mit den Flüchtlingen in Europa als auch mit den Aufnahmeländern hervorgerufen.

### **Kuba und Mexiko**

*Dr. Stefan Jost / Daniel Colmenero López (29.08.2015)*

#### **Kuba**

Migration wird in den kubanischen Printmedien vor allem in Bezug auf die eigenen Migrationsbewegungen thematisiert, seien diese in Richtung Mexiko oder in die USA. Die jeweilige Deutung dieser Meldungen entspricht der Tendenz des Mediums, je nachdem, ob es regime-treu oder -kritisch ist. Selbst nach der diplomatischen Annäherung zwischen Kuba und den USA ist das Thema der kubanischen Migrationsströme weiterhin aktuell. Schließlich wurden in den vergangenen zwei Wochen insgesamt 30 Kubaner vor den Küsten Mexikos aufgegriffen. Betrachtet wird in den Medien auch die US-amerikanische Migrationspolitik. Das offizielle Organ des PCC *Granma* berichtet beispielsweise kritisch über die unrealistischen migrati-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**Oktober 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

onspolitischen Vorstellungen des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump. Über die jüngsten Ereignisse im Bereich der Migration in Europa wird zwar informiert, es handelt sich allerdings um meist neutrale Nachrichten.

### **Mexiko**

Migration ist seit vielen Jahren ein besonders relevantes Thema in Mexiko. Da Mexiko nicht nur in geografischer Hinsicht ein Brückenland zwischen Süd- und Nordamerika ist, gehen die üblichen Migrationsströme von Süden nach Norden, in Richtung USA. Die Migranten kommen vordergründig aus Zentralamerika, aber auch Mexikaner versuchen in die USA zu gelangen. Bis vor den aktuellen europäischen Flüchtlingsbewegungen war die Anzahl der Migranten, die von Mittelamerika durch Mexiko reisten höher als die der Migranten, die über das Mittelmeer versuchen, die EU zu erreichen.

Migration wird in Mexiko in zweierlei Hinsicht wahrgenommen. Auf der einen Seite steht die zentralamerikanische Migration durch Mexiko in Richtung USA. Auf der anderen Seite wird das Thema der US-amerikanischen Migrationspolitik gegenüber den illegalen mexikanischen Einwanderern thematisiert. Letztere wird allgemein stärker wahrgenommen.

Die Regierung geht das Problem der zentralamerikanischen Süd-Nord Migrationsströme an, indem sie versucht, sie über das Vorhaben „Programm Südgrenze“ zu kanalisieren und zu steuern. Bezüglich der US-amerikanischen Migrationspolitik finden Regierungskonsultationen statt, wobei der mexikanische Verhandlungsdruck gegenüber dem Weißen Haus nicht übermäßig groß erscheint.

In Bezug auf die politischen Parteien gewinnt man den Eindruck, dass die Themen Migration und Flucht wenig beachtet werden, da kaum eindeutige Positionierungen zu diesem Thema vorzufinden sind. Die Wahrnehmung der Migrationsproblematik innerhalb der entscheidenden politischen Parteien (PRI, PAN, PRD) Mexikos steht dem eigentlichen Phänomen der Migration diametral entgegen. Obwohl es kaum im Fokus steht, wird Migration bei allen Parteien meist in Bezug auf die mexikanischen Migranten in den USA thematisiert. Auf der Webseite der PRI werden z. B. die abfälligen Äußerungen Donald Trumps bezüglich der in den USA lebenden Mexikanern kommentiert. Bezüglich der zentralamerikanischen Migranten gibt es kaum klare Positionierungen oder politische Strategien.

Kritische Äußerungen der Medien gibt es vordergründig gegenüber der US-amerikanischen Migrationspolitik, insbesondere bei der aktuellen Deportation der sogenannten „Dreamers“, die in den USA ohne gültige Aufenthaltstitel geboren und aufgewachsen sind. Auch werden die teils als rassistisch empfundenen Äußerungen von Donald Trump scharf kritisiert. Über die zentralamerikanische Migration wird vor allem dann intensiv berichtet, wenn größere Skandale auftreten, wie beispielsweise die Auffindung eines Massengrabes in Tamaulipas vor fünf Jahren.

Im Bereich der Zivilgesellschaft sind zahlreiche Organisationen vorzufinden, die die Migranten aus Zentralamerika durch Unterkunft und Verpflegung unterstützen. Jedoch werden diese Organisationen vielfach von der organisierten Kriminalität bedroht. Als eine der herausragenden Persönlichkeiten bei der Ersthilfe von Migranten ist der Priester Alejandro Solalinde zu nennen, der eine eigene Herberge im Bundesstaat Oaxaca eröffnet hat und in den Medien offen gegen die Menschenrechtsverletzungen klagt.

Das Thema der innermexikanischen Migration wird in den mexikanischen Medien insbesondere in den Tageszeitungen wie *La Jornada*, *El Universal* und *Reforma* zwar behandelt, es steht jedoch nicht im Fokus. Themenschwerpunkte sind die Migrationspolitik der USA, die vielfach kritisierte Innenpolitik Mexikos, insbesondere im Fall des „Programms Südgrenze“ (Programa Frontera Sur), die den Migrationsstrom von Süden steuern soll, die Menschenrechtsverletzungen, die durch die organisierte Kriminalität und durch korrupte Behörden begangen werden sowie die von der Zivilgesellschaft geleistete humanitäre Hilfe, aber auch die Bedrohungslage der helfenden Organisationen.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**Oktober 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die aktuelle europäische Flüchtlingsproblematik wird in allen Hauptmedien thematisiert. In den Tageszeitungen handelt es sich überwiegend um Meldungen großer Nachrichtenagenturen. Kommentar- und Meinungsartikel sind rar. Thematisch wird Deutschland als eines der wichtigsten Zielländer der Asylsuchenden dargestellt, jedoch werden auch die fremdenfeindlichen Ausschreitungen thematisiert. Die ablehnende Haltung der deutschen Politiker gegenüber den xenophoben Attacken wird deutlich dargestellt (Angela Merkel, Sigmar Gabriel, Heiko Maas). Auf diese Weise erscheinen die fremdenfeindlichen Angriffe nicht als allgemeine Haltung der „Deutschen“ gegenüber den Flüchtlingen, sondern als Nebenerscheinungen aus ausländerfeindlichen Milieus. Zivilgesellschaftliche Anstrengungen zur Hilfe für die ankommenden Migranten werden nicht erwähnt. Auffallend ist die derzeit hohe Frequenz der Berichterstattung zu diesem Thema, da üblicherweise internationale Themen weniger im Vordergrund stehen. Zu beobachten ist jedoch, dass die eigene Migrationsproblematik in den Medien derzeit eine nachgeordnete Rolle spielt.

In den sozialen Netzwerken wird die innermexikanische Migration stärker diskutiert. Insbesondere die zivilgesellschaftlichen Organisationen und studentischen Initiativen versuchen über Twitter und Facebook über die Menschenrechtslage zu informieren sowie Korruption und die organisierte Kriminalität anzuprangern. Darüber hinaus machen sie auch auf ihre Aktionen aufmerksam. Die sozialen Medien der öffentlichen Organe wie des Nationalen Migrationsinstituts (INM) sind nicht auf einem aktuellen Stand. In Twitter fordert das INM lediglich zur „Mithilfe“ auf, sobald man Migranten antrifft. Die größten Parteien PRI und PAN veröffentlichen in ihren sozialen Medien keine Informationen zu diesem Thema. Auch die Regierung der Mexikanischen Republik hält sich in sozialen Medien diesbezüglich zurück.

Recherchen in den sozialen Medien zum Thema europäische Flüchtlingsproblematik zeigen, dass dieses Thema in der öffentlichen Diskussion nur eine geringfügige Rolle spielt.

### **Peru**

*Reinhard Willig (31.08.2015)*

In Peru ist transnationale Migration kein zentrales Thema der medialen Aufmerksamkeit oder der gesellschaftspolitischen Diskussion. Es wird hauptsächlich von kirchlichen Einrichtungen thematisiert und zumeist im Zusammenhang mit der Migrationsproblematik an der mexikanisch-amerikanischen Grenze oder in Europa behandelt. In den Medien werden überwiegend Berichte von internationalen Presse-Agenturen abgedruckt, die sich im zweiten Teil der Zeitungen finden. Migration spielt zudem weder in der Tagespolitik noch in der programmatischen Diskussion von politischen Parteien eine nennenswerte Rolle.

Weiter vorne in der gesellschaftspolitischen Diskussion stehen hingegen nationale Migrationsbewegungen, verursacht durch illegale Wirtschaftstätigkeiten in Verbindung mit Gewalt (z.B. Rauschgifthandel, illegaler Bergbau).

Aktuelle Zahlen belegen eine abnehmende Migration von Peruanern seit 2010; in den letzten 20 Jahren emigrierten rund 2,4 Millionen Personen, davon etwa 20 Prozent nach Europa und 32 Prozent in die USA. Gegenwärtig verlassen jährlich etwa 220.000 Peruaner ihre Heimat. Die legale Zuwanderung nach Peru beträgt rund 13.000 Personen jährlich und hat sich seit 2004 fast verzehnfacht; gegenwärtig leben 63.000 Migranten in Peru. Illegale Zuwanderung äußert sich meist als Durchgangsmigration von Haitianern und Dominikanern nach Brasilien oder aber an den Grenzen zu Kolumbien und Brasilien aufgrund von Zwangsprostitution im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Kriminalität im Zuge der blühenden illegalen Wirtschaft (Bergbau, Holzwirtschaft, Rauschgifthandel).

In Peru gibt es im Allgemeinen eine ausgeprägte Willkommenskultur für Ausländer. Da es bisher keine massiven Migrationen von Ausländern nach Peru gegeben hat, hat sich die freundliche Haltung gegenüber Zuwanderern nicht verändert. Lediglich kolumbianische Staatsbürger kommen aufgrund von Beziehungen zum Drogenhandel und anderen Delikten